21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission
Aufarbeitung der Corona-Pandemie
und Lehren für zukünftige
pandemische Ereignisse

Kommissionsdrucksache 21(27)61
vom 6. November 2026

Schriftliche Stellungnahme

des Sachverständigen

Prof. Dr. Marcus Maurer
Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Öffentliche Anhörung

„Wissenschaftsberatung, Krisenkommunikation und Rolle der Medien“

Der Enquete-Kommission ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

JOHANNES GUTENBERG UNIVERSITÄT MAINZ

Prof. Dr. Marcus Maurer ● Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Publizistik ● Jakob-Welder-Weg 12 ● D-55128 Mainz

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 02
Sozialwissenschaften, Medien und Sport

Institut für Publizistik –
Politische Kommunikation

Prof. Dr. Marcus Maurer

Jakob-Welder-Weg 12
D-55128 Mainz

Tel. +49 (0) 61 31 - 39-2 93 91
Fax +49 (0) 61 31 - 39 2 42 39

e-mail: mmaurer@uni-mainz.de

www.ifp.uni-mainz.de

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Wissenschaftsberatung, Krisenkommunikation, Rolle der Medien“ der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ des Deutschen Bundestags

A. Ausgangslage und Forschungsstand

Die Covid-19-Pandemie kam unerwartet und war mit einem hohen Maß an Ungewissheit und Zeitdruck verbunden. Ähnlich wie Wissenschaft und Politik mussten sich folglich auch Nachrichtenmedien schnell ein Urteil über die Gefährlichkeit des Virus und mögliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bilden. Dabei ist offensichtlich, dass nicht jede einzelne Medienredaktion genug Zeit, Mittel und Expertise hatte, um vollkommen unabhängige Recherchen anzustellen. Die meisten Medien verfügen nicht (mehr) über eigene Wissenschaftsredaktionen, sodass die Berichterstattung meist von Politikredakteuren ohne medizinische oder naturwissenschaftliche Ausbildung übernommen werden musste. Diese waren folglich noch mehr als sonst auf Informationen aus Wissenschaft und Politik angewiesen. Wenn Medien sich weitgehend auf dieselben Quellen beziehen, führt dies zwangsläufig dazu, dass die Berichterstattung von Medien mit sonst unterschiedlichen redaktionellen Linien in Krisen ähnlicher ausfällt als in Routinezeiten (Konsonanz). Eine hohe Konsonanz in der Berichterstattung kann problematisch sein, wenn sie sich auf Meinungen bezieht, weil Nachrichtenmedien grundsätzlich Meinungsvielfalt gewährleisten sollen. So kann man beispielsweise erwarten, dass Medien in Bezug auf politische Streitfragen wie Steuererhöhungen Pro- und Contra-Argumente abwägen, weil es für beide Positionen gute Argumente gibt.

In der Pandemie ging es aber nicht in erster Linie um Meinungsvielfalt, sondern um wissenschaftliche Evidenz. Bevor man sich Meinungen über die Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bilden kann, muss größtmögliche Klarheit darüber herrschen, welchen Risiken die Bevölkerung ausgesetzt ist und welche Maßnahmen zur Eindämmung der Risiken geeignet sind. Dies muss nach wissenschaftlichen Prinzipien erfolgen: Es muss die größtmögliche wissenschaftliche Expertise zusammenkommen und anhand des jeweiligen Kenntnisstands offen nach einem möglichst konsensualen Ergebnis suchen, auf dessen Grundlage die Politik dann sinnvolle Maßnahmen beschließen muss. Dies impliziert selbstverständlich auch, dass sich einzelne Wissenschaftler mit ihren Standpunkten nicht durchsetzen können und entspricht aber dem üblichen Prozess beim wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn. Dennoch besteht selbstverständlich die Möglichkeit, dass neue Evidenzen eine neue Beurteilung des Geschehens erfordern oder sich die Mehrheit bei einzelnen Fragen auch irren kann. Dies sollte allerdings umso unwahrscheinlicher werden, je größer die versammelte Expertise ist. Für die Beurteilung der Medienberichterstattung folgt daraus, dass konsonante Berichterstattung nicht problematisch ist, wenn sie sich nicht auf Meinungen, sondern auf wissenschaftliche Evidenz bezieht. Weil Medien Fakten und Tatsachenbehauptungen wahrheitsgemäß wiedergeben sollen, ist erwartbar, dass ihre Berichterstattung in Bezug auf Tatsachenbehauptungen konsonant ausfällt, wenn sie sich an diese Regel halten. Das Überbetonen von wissenschaftlichen Minderheitenpositionen ist dagegen hinlänglich als falsche Ausgewogenheit (False Balance) kritisiert worden.

Wir haben die Konsonanz in der Medienberichterstattung in Bezug auf die Darstellung der Corona-Maßnahmen und die Bewertung politischer Akteure in mehreren Studien im Zusammenhang mit der Pandemie untersucht und kommen zu durchaus differenzierten Ergebnissen:

1. Die etablierten Nachrichtenmedien (Fernsehnachrichten, Tageszeitungen und ihre Online-Ableger) waren – wie auch die meisten Wissenschaftler, Parteien und Bürger – überwiegend im „Team Vorsicht“. Sie haben also für harte Maßnahmen plädiert und wollten diese Maßnahmen schneller einführen, als die Politik es wollte.
2. Dabei gab es jedoch durchaus erkennbare Unterschiede zwischen den einzelnen Medien: Während einige davon deutlich überwiegend für harte Maßnahmen plädiert haben, galt dies für andere weniger eindeutig. Vor allem bei konservativen Medien wie Bild, Welt und FAZ überwog die Präferenz für Sicherheit die Präferenz für Freiheit nur leicht. Ein ganz anderes Bild vermittelten so genannte Alternativmedien, die teilweise fast ausnahmslos gegen die Corona-Maßnahmen argumentierten und in dieser Hinsicht wesentlich einseitiger berichteten als die etablierten Medien. Zugleich war die Konsonanz im Mediensystem nicht zu allen Zeiten gleichermaßen groß. Besonders, wenn es darum ging, harte Maßnahmen zu beenden, gingen die medial verbreiteten Meinungen darüber deutlich auseinander – wieder in dem Sinne, dass konservative Medien eher für ein Ende der Maßnahmen plädierten, während progressive Medien die Maßnahmen länger beibehalten wollten.
3. Zugleich war die Berichterstattung aber überhaupt nicht regierungsfreundlich. Alle verantwortlichen Personen (z. B. die Bundeskanzlerin oder der Gesundheitsminister) und Institutionen/Gremien (z. B. die Bundesregierung oder die Ministerpräsidentenkonferenz) wurden in der Berichterstattung überwiegend hart kritisiert. Dies galt umso eher, je länger die Pandemie dauerte und von der Politik offensichtlich nicht so einfach beendet werden konnte. Politischen Akteuren wurde in den Medien während des gesamten Pandemieverlaufs nahezu vollständig die Kompetenz zur Lösung der Krise abgesprochen.

In den etablierten Nachrichtenmedien wurden folglich paradoxerweise die von der Politik beschlossenen Maßnahmen befürwortet, aber die Politik selbst abgelehnt. Wie man diese Art der Berichterstattung bewertet, hängt davon ab, wie man sich die Rolle des Journalismus in Krisen vorstellt: Soll der Journalismus auch in Krisenzeiten politische Maßnahmen grundlegend in Frage stellen, auch wenn das möglicherweise die Krisenbekämpfung erschwert (Medien als Kritiker und Kontrolleure)? Oder sollen Medien in einer solchen Krise zur Lösung beitragen, indem den Bürgern bestimmte Maßnahmen nahegelegt werden (Medien als Public-Health Agency)? Das ist eine normative Frage, die jeder Einzelne für sich selbst beantworten muss. Aus meiner Sicht lassen sich beide Sichtweisen mit grundlegenden journalistischen Anforderungen und Rollenverständnissen vereinbaren.

Diese Art der Berichterstattung blieb zudem nicht folgenlos. Zu Beginn der Pandemie stiegen zunächst Mediennutzung und Medienvertrauen stark an. Das galt allerdings vor allem für frei verfügbare und leicht konsumierbare Formate wie Fernsehnachrichten und Social Media. Offensichtlich versprachen sich zwar viele Menschen Informationen und Entscheidungshilfen von der Berichterstattung, waren aber nicht bereit, dafür viel zusätzlichen Aufwand in Kauf zu nehmen. Ein Rückgang des Medienvertrauens war erst im späteren Verlauf der Pandemie erkennbar, wobei sich der Rückgang zunächst aber auf einen Rückgang auf das Niveau vor der Pandemie beschränkte. Vor allem Menschen, die den Medien ohnehin nicht vertrauten, wurden durch die Pandemie in dieser Ansicht bestärkt, weil sie den Eindruck hatten, ihre Standpunkte würden in der Pandemieberichterstattung nicht abgebildet. Dieser Eindruck mag allerdings teilweise auch der Tatsache geschuldet sein, dass Menschen in einem bereits polarisierten Umfeld dazu tendieren, Medienberichterstattung als gegen ihren eigenen Standpunkt gerichtet wahrzunehmen (Hostile Media-Effekt). Dennoch scheint sich aktuell eine Gruppe von 10-20 Prozent der Bevölkerung herauszubilden, die für die

Berichterstattung etablierter Nachrichtenmedien kaum noch erreichbar ist. Die Pandemie hat diese Entwicklung nicht allein verursacht, aber zumindest beschleunigt.

Zugleich war die Pandemie ein Musterbeispiel für die Herausbildung relativ starker Medienwirkungen. Während politische Medienwirkungen im Regelfall durch die Voreinstellungen der Rezipienten (Parteibindungen, Meinungen zu Sachthemen usw.) begrenzt werden, lagen in Bezug auf die Pandemie solche Voreinstellungen nicht vor. Verschiedene Studien zeigen folglich, dass die Berichterstattung in der Bevölkerung sowohl Ängste als auch Wissen über die Pandemie erzeugt hat. Je stärker beides ausgeprägt war, desto eher waren die Menschen bereit, sich an die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu halten. In einer vom BMFTR geförderten Studie (KoPoCov) haben wir die Meinungsdynamiken in der Pandemiekommunikation auf Twitter untersucht und finden relativ klare Beeinflussungsstrukturen: Wissenschaftliche Akteure hatten in der Bewertung der Corona-Maßnahmen demnach zunächst einen Einfluss auf die Bewertung der Maßnahmen durch Politik und Medien. Politik und Medien haben dann im zweiten Schritt die Meinungen der Bevölkerung beeinflusst. Zudem war ein Einfluss der Politik auf die in Nachrichtenmedien verbreitete Bewertung der Maßnahmen erkennbar, aber kein umgekehrter Einfluss. Andere Studien belegen zudem auch Einflüsse von Falschinformationen in Social Media auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung. Insgesamt unterstreicht die Befundlage folglich, wie wichtig Nachrichtenmedien als Informationsquelle und Quelle der Meinungsbildung in der Pandemie waren. Umso wichtiger ist es, dies in zukünftigen Pandemien im Blick zu haben.

B. Lehren für zukünftige Pandemien

Versucht man nun, von dieser Ausgangslage aus, Lehren für zukünftige Pandemien zu formulieren, erscheinen mir die folgenden fünf Punkte am wichtigsten:

1. Während die Krisenberichterstattung üblicherweise fast ausschließlich politische Akteure (Politiker, Parteien usw.) thematisiert und zu Wort kommen lässt, war der Anteil wissenschaftlicher Akteure in der Pandemieberichterstattung vergleichsweise hoch. In zukünftigen Pandemien sollte die wissenschaftliche Expertise allerdings auf eine noch breitere Basis gestützt sein. Wenn eine Pandemie durch ein Virus verursacht ist, ist es selbstverständlich naheliegend, dass Politik und Medien zunächst die Expertise von Medizinern und Virologen einholen. Wenn diese aber bestimmte Maßnahmen vorschlagen, müssen auch Wissenschaftler zu Wort kommen, die die Folgen dieser Maßnahmen für die Gesellschaft beurteilen können, beispielsweise Psychologen oder Wirtschaftswissenschaftler. Dabei geht es aber nicht in erster Linie um größtmögliche Meinungsvielfalt, sondern um größtmögliche Expertise für unterschiedliche Sachverhalte. Ob das dann zu unterschiedlichen Meinungen über die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen führt, ist eine andere Frage.
2. Medien sollten das Pandemiegeschehen noch besser einordnen. Zwar wurden täglich neue Statistiken zu Infizierten, Todesfällen und für Laien schwer verständlichen medizinischen Größen (R-Wert usw.) veröffentlicht. Diese Werte sagen ohne Vergleichsgrößen aber kaum etwas über Gefährlichkeit der Pandemie aus. Insbesondere fehlten Vergleiche zu anderen Todesursachen, die aussagekräftig und auch an Laien leicht kommunizierbar gewesen wären. Vergleich man die Todesfälle durch die Pandemie beispielsweise mit der Zahl der Grippetoten oder der Toten durch Verkehrsunfälle, Lungenkrebs usw., sind auch Laien gut in der Lage, sich ein Urteil über das jeweilige Risiko zu bilden.
3. Medien sollten noch stärker die Unsicherheit von wissenschaftlichen Erkenntnissen offenlegen. In wissenschaftlichen Publikationen existieren Regeln für die Kommunikation von Unsicherheit. Ein eindrückliches Beispiel sind die IPCC-Weltklimaberichte, die seit dem Bericht 2013/14 klare Formulierungen für

unterschiedliche Ausprägungen von Unsicherheit vorschlagen. In der Berichterstattung zur Pandemie wurde die Unsicherheit nur zu Pandemiebeginn medial kommuniziert. In den späteren Pandemiephasen wurden dagegen selbst Zukunftsprognosen, die naturgemäß mit großer Unsicherheit verbunden sind, meist wie sicher eintretende Ereignisse dargestellt. Möglichkeiten, Unsicherheit zu verdeutlichen, sind beispielsweise die Verwendung einschränkender Formulierungen oder des Konjunktivs sowie die Gegenüberstellung unterschiedlicher Prognosen.

4. Die Wissenschaftskommunikation von Medien und Politik muss gleichermaßen eindeutig, transparent und lösungsorientiert sein. Eindeutigkeit und Transparenz beziehen sich auf eindeutige Regeln, die in einem transparenten Prozess entwickelt werden, dann aber konsequent und einheitlich kommuniziert werden müssen. Eine lösungsorientierte Kommunikation vermittelt der Bevölkerung nicht das Gefühl, vor einem Berg unlösbarer Probleme zu stehen, weil dies Angst erzeugt und Selbstwirksamkeit einschränkt. Es muss vielmehr darum gehen, durch Verweise auf mögliche und realistische Problemlösungen und die Problemlösungskompetenz der Handelnden ein Klima zu erzeugen, indem die Bevölkerung trotz großer Probleme das Gefühl erhält, dass sich die Situation zum Besseren wenden lässt.
5. Schließlich sollten Medien, Politik und die gesamte Gesellschaft einen Weg finden, in zukünftigen Krisen respekt- und verständnisvoller miteinander umzugehen. Dies betrifft die Kommunikation in Sozialen Medien, aber auch in persönlichen Gesprächen. Wenn Menschen sich vielleicht aus guten Gründen nicht impfen lassen möchten, sollten sie dafür nicht mit gesellschaftlicher Ausgrenzung bestraft werden. Und wenn Menschen versuchen, in schwierigen Zeiten ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, sollte dies anerkannt werden, auch wenn dabei vielleicht nicht alles gelingt. Krisen können im besten

Fall eine Gesellschaft auch zusammenbringen. Das wäre aus meiner Sicht eine wichtige Aufgabe für zukünftige Pandemien.

C. Literatur

Maurer, M., Gurevych, I., Kruschinski, S., & Beck, T. (2026). Verbundvorhaben KoPoCoV - Konsens und Polarisierung während der COVID-19-Pandemie. Eine automatisierte Analyse der Meinungsdynamiken auf Twitter. Abschlussbericht für das BMFTR.

Maurer, M., Reinemann, C. & Kruschinski, S. (2021). Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie. Hamburg.

Maurer, M., Reinemann, C., Kruschinski, S., & Jost, P. (2026). Die Qualität der Medienberichterstattung über die COVID-19-Pandemie. In F. Brand et al. (Hrsg.), Handbuch Krisenkommunikation in der Pandemie. Online first.

Reinemann, C., Maurer, M., Kruschinski, S., & Jost, P. (2024). Exaggerated and One-sided? Assessing the Relevance and Viewpoint Diversity of German Mainstream and Alternative Media Coverage of the COVID-19-Pandemic 2020-2021. *Journalism Studies 25*(6), 681-702. https://doi.org/10.1080/1461670X.2024.2326642